

# Windkraft-Befürworter fürchten totale Flaute

Warnung vor Verlusten bei Arbeitsplätzen und Investitionen – auch in Südwestfalen

Von Nina Grunsky  
und Jens Stubbe

**Hagen.** Das wird mehr als eine Flaute: Dies sei quasi das Ende für die Windkraft in NRW, bewerten Windkraftbefürworter die nun verkündeten Pläne der schwarz-gelben Koalition. Damit würden Tausende von Arbeitsplätzen und Investitionssumme in dreistelliger Millionenhöhe gefährdet. Mit negativen Folgen auch für Südwestfalen, heißt es.

Windräder, die bereits genehmigt seien, könnten noch gebaut werden, so Mario Burda vom Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) in Düsseldorf. Weitere Planungen werde aber niemand angehen. Denn die schwarz-gelben Pläne für die Windkraft – ein Mindestabstand von 1500 Metern zur nächsten geschlossenen Wohnbebauung – machten in NRW neue Anlagen nahezu unmöglich.

Für dieses und das kommende

Jahr sind für den Regierungsbezirk mehr als 40 Windräder genehmigt worden, rechnet Mario Burda vor. Das entspreche einer Investitionssumme von mehr als 200 Millionen Euro, versucht er mögliche kommende Verluste für die Region deutlich zu machen. Insgesamt seien in NRW 20 000 Arbeitsplätze gefährdet. „Das ist ein großer Wirtschaftsfaktor, der hier wegbricht“, so Burda.

Windkraftanlagen seien Industriebauten, sagt Thomas Hachmann aus Olsberg, Regionalvertreter Südwestfalen des Bundesverbandes Windenergie. „Man stelle sich einmal vor, andere Industriebauten, also Gewerbegebiete müssten 1,5 Kilometer Abstand zur geschlossenen Wohnbebauung einhalten – dann würden wir hier in Südwestfalen, der drittstärksten Industrieregion in Deutschland, zurück in die Steinzeit katapultiert.“

Auch beim Energieversorger Enervie in Hagen reagiert man et-

was irritiert auf die Pläne: „Dass es unter einer CDU-FDP-Regierung schwieriger für die Projektentwicklung werden würde, damit haben wir ja gerechnet“, so Arndt Bohrer, Ab-



Es sieht finster aus für Windräder, fürchten die Befürworter. FOTO: FELIX KÄSTLE/DPA

teilungsleiter regenerative Energien. „Dass aber so schnell so konkrete und massive Einschnitte geplant sind, haben wir nicht erwartet.“

Doch ist ungewiss, ob sich die Pläne gerichtsfest umsetzen lassen, so Benedikt Operhalsky, Jurist beim LEE. Dem stehe das Bundesrecht entgegen. Zwar hätten die Länder Sonderregelungen zu Mindestabständen treffen können, die Frist dafür sei aber Ende 2015 ausgelaufen. Den Mindestabstand gerichtsfest zu machen, werde daher nicht leicht für die Koalition oder dauere lange.

„Das ist besser, als wir es erwartet haben“, zeigt sich dagegen Christof Gerhard, Sprecher der Bündnisses „Gegenwind Südwestfalen“ zufrieden. Genug jedoch ist es den Windkraftgegnern nicht: Man wolle den Bau der bereits genehmigten Anlagen verhindern. Christof Gerhard glaubt: „Wir werden 50 Prozent davon vor Gericht stoppen können.“